

Redebeitrag Tolerade

Hallo liebe Menschen auf der Tolerade

Schön dass ihr da seid, wir sind vom Aktionsbündnis "Dresdens Mietenwahnsinn stoppen" und wollen in unserem Redebeitrag auf die sich verschlechternde Wohnungssituation in Dresden hinweisen.

Das, was viele von uns erleben, bei der eigenen Wohnungssuche oder bei der von Freund*innen, das lässt sich auch an Zahlen ablesen: In den letzten 10 Jahren sind die Mieten in Dresden um 30 % gestiegen. Nach einer aktuellen Studie des Verbandes der sächsischen Wohnungsgenossenschaften haben 20 % der sächsischen Haushalte Probleme bei der Wohnungssuche.

Dresden wächst. Nach Dresden ziehen Menschen, die hier arbeiten möchten, Menschen, die die Stadt oder Menschen in ihr lieben. Menschen, die aus unerträglichen Lebensbedingungen flüchten. Das bedeutet aber nicht, dass der Zuzug dafür verantwortlich ist, dass die Mieten steigen. Menschen sollen sich aussuchen können, wo sie leben möchten. Freizügigkeit ist im Grundgesetz verankert.

Es gibt ein Menschenrecht auf Wohnen!

Es gibt aber kein Menschenrecht darauf, Profite mit der Miete zu machen.

Die Dividenden von den großen Immobilienfirmen Deutsche Wohnen, Vonovia und LEG Immobilien wurden im letzten Jahr um bis zu 17 % gesteigert. Und fast 40 % der Mieteinnahmen gehen direkt als Gewinnausschüttung an die Aktionär*innen.

Es sind die Altbestände dieser großen Wohnungsunternehmen, die eigentlich günstige Mieten im Bestand garantieren könnten. Sie wurden schon vor Jahrzehnten gebaut, und ihre Investitionen sind längst abgeschrieben. Dazu wäre aber der politische Wille nötig, Mietpreise zu regulieren und die Gewinne von Vermieter*innen wenigstens zu deckeln.

Es sind die Fehler der Vergangenheit, die zu der Mietmisere der Gegenwart geführt haben. Dresden ist sicher das populärste Beispiel. 2006 verkaufte die Stadt Dresden mit einem Schlag fast ihren gesamten Wohnungsbestand: 48 Tausend – ein sechstel aller Dresdner Wohnungen.

So wurden auf einen Schlag die Errungenschaften von fast 100 Jahren sozialen Wohnungsbaus zunichte gemacht. Nicht nur Dresden, auch zahlreiche andere Großstädte verscherbelten ihren kommunalen Wohnungsbestand an Unternehmen wie Fortress, Deutsche Wohnen und andere.

Auch nach dem Verkauf der Woba hörte der geplante Wahnsinn nicht auf. Noch bis in die letzten Tage seiner Amtszeit im Jahr 2016, verscherbelte der Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU), der zugleich für die Liegenschaften zuständig war, fast alles, was bis dato noch nicht verkauft war. Gerne auch an Beschlüssen des Stadtrats und am erklärten Willen anderer Beigeordneter vorbei – aber mit Segen und Unterstützung unseres Bürgermeisters Dirk Hilbert (FDP).

In den letzten Jahren gab es allerdings ein langsames Umsteuern in der Stadtentwicklungspolitik: Eine Abkehr vom Ausverkauf um jeden Preis, die Entscheidung für die erneute Errichtung eines kommunalen Wohnungsbestandes – die WID – oder auch häufig „Die neue Woba“ genannt. Und ein klares Bekenntnis zum sozialen Wohnungsbau.

Klar ist eines: Sollte eine neue konservativ-liberal-rechte Mehrheit im Stadtrat nach der kommenden Stadtrat-Wahl das Sagen haben, wird auch die zaghafte soziale Neuausrichtung der Wohnungspolitik in Frage gestellt werden.

Unsere Interessen als Mieter*innen werden dann wenig zählen. Kommunalpolitik hat nur geringe Handlungsspielräume. Aber ein Stadtrat, der das Mantra des freien Marktes betet, wird nicht einmal diese nutzen.

Aber der Markt wird es nicht richten. Auch wenn oft etwas anderes erzählt wird: Wohnungsneubau wird die Entwicklung der Mieten nicht ändern. Die Preise für neu zu vermietende Wohnungen von 12 oder 13 Euro werden sich nur die wenigsten leisten können. Die günstigeren Preise im alten Wohnungsbestand werden aber weiter steigen. Das liegt auch am Mietspiegel, in den nur die Neuvermietungen und die Wohnungen welche in den letzten vier Jahre einer Mieterhöhung hatten eingehen. Über Modernisierungen kann die Miete von jetzt auf gleich drastisch steigen. Auch die Fans des freien Marktes müssten eigentlich verstehen: Ein System, in dem die einen über ein knappes Gut (nämlich Grundstücke und Häuser) verfügen und die anderen erpressbar sind, weil sie irgendwo wohnen müssen, ist kein freier Markt.

Die Flächen in einer Stadt sind systematisch begrenzt. Sie zum Spielball kapitalistischer Marktinteressen zu machen bedeutet, das Menschenrecht auf Wohnen zu missachten. Dresden muss eine Stadt für alle sein. Wenn Politik es zulässt, dass große Teile der Stadt nur noch den gut Verdienenden vorbehalten sind, dann ist sie mit ihrer zentralen Aufgabe gescheitert: Dafür zu sorgen, dass alle Menschen gleichberechtigt am Leben teilhaben können. Dass sie dort wohnen bleiben können, wo ihr vertrautes Umfeld ist, wo ihre Freund*innen wohnen oder wo die Kinder in die Schule gehen.

Es wird Zeit, dass alle Akteure in der Stadt, die Stadträt*innen, Fraktionen und Parteien, der Oberbürgermeister und die Verwaltung anerkennen, dass Dresden ein Mietenproblem hat und in Zukunft ein noch größeres Mietenproblem haben wird.

Deshalb fordern wir, dass in der Kommunalpolitik alle Möglichkeiten genutzt werden, damit Mieten langfristig bezahlbar bleiben, mehr leistbare Wohnungen zur Verfügung stehen und Menschen nicht aus ihren Vierteln verdrängt werden.

Ändern wird sich aber nur etwas, wenn wir als Mietende selbst aktiv werden. Wir müssen informiert und vernetzt sein, müssen politischen Druck aufbauen und dürfen uns nicht gefallen lassen, wenn die Zukunft der Städte auf unsere Kosten verspielt wird.

Demonstrationen wie diese zeigen: Wir sind nicht allein. Es ist kein individuelles Problem, wenn wer seine Miete nicht mehr zahlen kann - es ist ein politisches und es betrifft viele.

Wir müssen uns vernetzen und gemeinsam Handeln: Druck auf die Politik machen – aber uns auch gegen Zumutungen bei Mieterhöhungen, Modernisierungsmaßnahmen oder falschen Nebenkostenabrechnungen wehren. Wir müssen aktiv werden, wenn unser Haus verkauft werden soll.

Wir müssen uns unsere Mietverträge ansehen, uns mit dem Mietspiegel beschäftigen, und uns mit unserer Nachbarschaft austauschen.

Wenn wir wir unsere Nachbar*innen gut kennen, haben wir bessere Karten: Wenn Mieterhöhungen angekündigt werden, sollten wir nicht alleine handeln, sondern im Haus eine gemeinsame Strategie entwickeln. Beim Verstehen der Nebenkostenabrechnungen können wir uns helfen. Bilden wir Mieter*innen- oder Nachbarschafts- Initiativen.

Ladet eure Nachbarschaft nächste Woche zum Frühstück ein. Sprecht gemeinsam über eure Situation. Das macht Spaß und macht Stark. Wenn ihr Interesse an Vernetzung habt meldet euch bei uns, viel Spaß noch auf der Tolerade!